

Die Zähmung der Widerspenstigen?

Emirat Afghanistan 2.0

Heinz Werner Wessler

Das korrupte und pseudo-demokratische Regime von Präsident Ghani würde sich nach dem Abzug der internationalen Truppen nicht lange halten können – das ahnte man. Dass jedoch der Widerstand wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, der Präsident sich sang- und klanglos ins Ausland absetzen und die Taliban ohne nennenswerte Gegenwehr von den frisch eroberten Provinzhauptstädten bis zum Präsidentenpalast in Kabul im Motorrad-Korso innerhalb weniger Tage durchmarschieren würden - damit hatten weder die Geheimdienste, die Expert(inn)en noch die Politik gerechnet.

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, bezeichnete den turbulenten Fall von Kabul „das wichtigste geopolitische Ereignis seit der Annexion der Krim 2014“. Inzwischen ist es den Taliban anscheinend sogar gelungen, das von den Tadschiken bewohnte Panjshir-Tal zu besetzen. Ganz Afghanistan, so scheint es, ist unter Kontrolle der Taliban. Ein Husarenstück, von dem die frühere Taliban-Regierung 1996-2001 nur träumen konnte.

Niederlage des Interventionismus

Die Bilder vom Chaos am internationalen Flughafen von Kabul fangen die weltpolitische Dramatik des Zusammenbruchs der Islamischen Republik Afghanistan ein. Kein Wunder, dass skrupellose Radikale hier ein Ziel sahen, mit dem sie sich vor Torschluss noch einmal mit einem Selbstmordattentat und 180 Toten so richtig in Szene setzen konnten. Wie ist es dem Attentäter mit seinem Sprengstoffgürtel nur gelungen, durch die Maschen der Kontrollposten der Taliban zu schlüpfen, die hier in gütlicher Vereinbarung mit den amerikanischen Militärs kooperierten? Oder hat ihn ein verwegener Taliban-Kommandant wissentlich ans Ziel kommen lassen? Unwahrschein-

lich, dass die Wahrheit ans Licht kommt.

Kein Zweifel: Dieser Abzug der internationalen Truppen ist eine weitere und kolossale Niederlage des westlichen Interventionismus. Das ursprüngliche Motiv der USA bei der Intervention in Afghanistan war die Jagd auf Osama bin Laden und seine Al-Kaida, wie der amerikanische Präsident Joe Biden kürzlich noch einmal hervorgehoben hat. Das brutale Emirat der Taliban war 2001 fast ebenso widerstandslos zusammengebrochen wie jetzt die Islamische Republik unter Präsident Ghani. Die USA hatten sich um eine international aufgestellte Besatzung bemüht, und der Westen und die NATO zogen mit. Daraus entwickelte sich ein gut alimentierter Versuch, ein funktionierendes einigermaßen demokratisches und liberales Staatswesen aus der Taufe zu heben. Daneben ging es noch um eine Stärkung der Stellung der Frauen, Bildung, Gesundheit, Brunnenbau und anderes mehr. Dieser Luftballon ist nun mit lautem Knall geplatzt.

Doch nicht nur die westlichen Botschaften zogen ihr Personal unter panikartigen Umständen ab, sondern auch Saudi-Arabien und seine arabischen Verbündeten. Der Hamid-Karzai-Flughafen wurde zum vorüber-

gehenden exterritorialen Rückzugsort der internationalen Präsenz, aber auch zum Fluchtpunkt für Zehntausende Afghanen, die sich von den Taliban bedroht sehen. Viele Hilfswerke, Bischöfe und selbst der Papst drängen die internationale Gemeinschaft, den einheimischen Angestellten der Militärs und der Botschaften und deren Familien noch eine Ausreise zu ermöglichen. Die Bevölkerung von Kabul traut den Jihadisten nicht über den Weg. Vor allem Frauen wagen sich kaum noch auf die Straße. Auf dem Land im besonders konservativen Süden herrscht dagegen viel Sympathie für die Taliban und ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit und Moral.

Saudi-Arabien will mit dem Experimentieren in Afghanistan nicht mehr viel zu schaffen haben. Das Land will sich modern geben und nicht mehr länger der Unterstützung von Gotteskriegeren bezichtigt werden. Stattdessen bezichtigt es Katar und Iran, internationalen Terrorismus im Namen des Islam zu finanzieren. Die große Zeit der weltweiten Ausbreitung des Salafismus mit saudi-arabischen Staatsmitteln scheint vorbei. Was das sensible Thema Islam und Politik angeht, wollen die autoritären sunnitischen Staaten am Golf überhaupt einen vorsichtigeren Kurs fahren. Das ist die Lektion des Arabischen Frühlings, der die Mus-

lim-Brüder nach oben gespült hatte. Der Islam von unten gefährdet das Establishment, das den Iran nicht mehr länger mit islamischer Rhetorik topfen will.

Scheitern des Westens?

Ausgerechnet Russland beließ ein Teil seines Personals demonstrativ in der Botschaft in Kabul. Die Scharte des sowjetischen Besatzungsregimes von 1979-1985, das ebenfalls nach jahrelangem Abnutzungskrieg tief gedemütigt abziehen musste, scheint ausgewetzt. Zu den Taliban hat Russland schon seit längerem vertrauensvolle Bande – zum Ärger von Ashraf Ghani, den die Russen als Mann der Amerikaner ansahen. Für Russland ist das gegenwärtige Desaster in Afghanistan, das vor allem als eine Niederlage der USA gedeutet wird, eine Art späte Genugtuung. Nach der Sowjetunion haben sich nun auch die USA die Zähne an Afghanistan abgebissen. Das wird in Russland ebenso wie in den beiden Nachbarländern China und Iran in der Presse mit Häme kommentiert.

Der pakistanische Präsident Imran Khan betont immer wieder, dass es keine militärische Lösung in Afghanistan geben könne. Gleichzeitig ist das Phänomen der Taliban eng mit Pakistan verknüpft. Für Pakistan sind die Taliban ein Instrument, seinen Einfluss auf das unruhige Nachbarland zu sichern, das es als sein Hinterland betrachtet. Pakistan will allerdings politisch einigermaßen manierliche Taliban an der Macht in Afghanistan sehen. Pakistan will sich nicht noch einmal mit überschwappender jihadistischer Unruhe im eigenen Land herumschlagen müssen, die das Militär nur mit großem Einsatz und hohen Verlusten in den Griff bekommen hat.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist fraglich. In den ersten Tagen nach dem Einmarsch gaben sich die Taliban moderat. Es schien, sie hätten aus der ökonomisch, politisch und diplomatisch verheerenden Radikalität des 2001

untergegangenen Emirats gelernt. „Inklusiv“ sollte die neue Regierung sein, so verkündeten die Machthaber. Doch die am 8. September nach längerem internen Ringen vorgestellte 33-köpfige Übergangsregierung ist eine Ministerriege der Sieger. Sie ist rein männlich, fast alle nennen sich „Mullah“ oder „Maulana“, auch ohne besondere Ausbildung, und obendrein fast rein paschtunisch.

Das kann eigentlich nicht gut gehen. Die Taliban gelten in Afghanistan als Interessensorgan der Paschtunen, die etwa 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Premierminister Mullah Mohammad Hassan Akhund war ein enger Vertrauter des vermutlich 2013 verstorbenen ehemaligen Führers der Taliban Mullah Omar. Als Innenminister wurde Sarajuddin Haqqani eingesetzt, das Oberhaupt des berüchtigten *Haqqani*-Clans. Er wird mit einem internationalen Haftbefehl wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten gesucht – zahlreiche Anschläge sollen auf seine Kappe gehen.

Außerdem wurde das Frauenministerium abgeschafft und stattdessen das „Ministerium für Tugend und Moral“ wiedererrichtet, das während des ersten Emirats 1996-2001 besonders berüchtigt war. Vor allem wegen der ministerial verordneten grausamen Körperstrafen und extrem frauenfeindlichen Maßnahmen – und die zu einer nahezu totalen Ächtung von Frauen und ihrer Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben führten. Dies war wiederum einer der Gründe für das ökonomische Desaster des ersten Emirats, das einen Großteil der Bevölkerung in die bittere Armut führte.

Botschaft an die Welt

China, das Pakistan mehr und mehr als Vasallenstaat betrachtet, ist besorgt, dass über die 76 Kilometer lange Grenze mit Afghanistan der Jihadismus in die uigurischen Regionen im Westen Chinas einsickert, die insbesondere in den letzten Jahren auf brutalste Weise

sinisiert werden. Auch Iran will Ruhe an seiner Grenze zu Afghanistan, will die Erfolge im Kampf gegen den Drogenschmuggel aus Afghanistan nicht gefährden und sorgt sich um die diskriminierte Minderheit der schiitischen Hazaras im Land. Iran und Pakistan wollen zudem nicht noch einmal mit Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan konfrontiert werden, wie das in den 1990er Jahren der Fall war. In Erwartung eines solchen Szenarios wurden in den letzten Jahren überall die Grenzsicherungssysteme ausgebaut.

Die USA hatten sich gegen den Willen der Regierung Ashraf Ghani zu Verhandlungen mit den Taliban entschieden, um den unbeliebten und teuren Militäreinsatz endlich beenden zu können. Unter Druck von Präsident Trump, rasche Ergebnisse zu produzieren, handelte das Verhandlungsteam mit den Taliban einen dubiosen Friedensvertrag aus, der die Weiterführung ihres Kampfes gegen die afghanischen Regierungssoldaten erlaubte, solange sie die ausländischen Militärs in Ruhe ließen – eine ungeheure Demütigung für die Regierung Ghani mit demoralisierenden Folgen für ihre Streitkräfte.

Die Taliban von 2021 verhandeln weiter mit den Amerikanern in Doha, lassen sich pragmatisch auf Kompromisse ein (vermutlich gegen Bezahlung) und geben sich gemäßigt. Taliban-Presse Sprecher Zabihullah Mujahid, seit vielen Jahren der Welt als Twitterer bekannt, versuchte in der ersten Pressekonzferenz in Kabul, die Afghanen und die Welt vom freundlichen Angesicht der Taliban zu überzeugen. Gegenüber dem Terrorregime von 1996 bis 2001 sollen sich die heutigen Taliban gebessert haben, so die Botschaft. Und auch die wild aussehenden Kämpfer, die mit ihren Motorrädern in die Städte einfahren, geben sich als freundliche Männer des Volkes, die gekommen sind, um Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Vielleicht könnte sich aber, was kurzfristig wie eine Niederlage des Westens

überhaupt aussieht, auch als Niederlage des Islam herausstellen. Der Sieg der Taliban beendet schließlich die Islamische Republik. Der Versuch, einen toleranten Islam als staatstragende Leitkultur in Afghanistan zu etablieren, ist gescheitert. Die Taliban können sich nicht allzu liberal geben, sonst müssen sie das Erstarken des Islamischen Staates (IS) und dergleichen Schwestern der Anarchie befürchten. Die Schwierigkeiten bei der Errichtung und Aufrechterhaltung staatlicher Strukturen wird Kräfte der Selbstradikalisierung nach oben spülen. Die Bewohner von Kabul, zumal die Frauen, trauen den Taliban nicht über den Weg. Diese könnten sich schnell überfordert fühlen und nach einfachen Lösungen suchen. Die Schreckensherrschaft von 1996-2001 verheißt nichts Gutes. Ob es dem benachbarten Ausland gelingt, sie einigermaßen im Griff zu halten, ist noch nicht ausgemacht.

Deoband

Gewiss, Jihad, Scharia und das Emirat wirken nach wie vor als ideologischer Kitt, zusammen mit der Ablehnung von sogenannten westlichen Werten wie Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Frauen und der Würde der Person. Die Ideologie der Taliban wurzelt im antikolonialen Widerstand in Britisch-Indien.

Die Schule von Deoband, 1866 entstanden, sah die tieferen Gründe für die Niederlage der islamischen Herrschaft in Südasien in der Dekadenz der Muslime selber. Eine radikale Rückkehr zu den Quellen des Islam war die Voraussetzung dafür, die Institutionen der Ungläubigen aus dem fernen Britannien außer Landes zu werfen und durch sunnitisch-islamische Herrschaft zu ersetzen (siehe vorhergehenden Artikel).

Innerislamische „Neuerungen“ wie der Sufi-Islam und viele Institutionen der Volksfrömmigkeit sollten daher eliminiert werden. Dazu gehörten Musik und Tanz, Heiligenverehrung, Weihrauch, ritualisierter Segen. Die strenge Verhüllung der Frau gehörte ebenfalls zu den Forderungen der Erweckungsbewegung. In der Folgewirkung entwickelte sich eine Abneigung gegen die vier traditionellen Rechtsschulen und ihre komplexen Methoden der Urteilsfindung. Alles sollte einfach und für jeden halbwegs gebildeten Muslim transparent werden. Nur die autoritativen Überlieferungen des Propheten und selbstverständlich der Koran selbst sollten als Rechtsquellen gelten können.

Das Thema „Jihad“ gehörte bald zu den Lieblingsbegriffen der *Deobandis*. Sie machten vor allem deutlich, dass

„Jihad“ im eigentlichen Sinn „Anstrengung“ bedeutet, also zunächst ein innerer Vorgang der Selbstdisziplinierung darstellt. Zwar ist der „große Jihad“ – anders als der „kleine Jihad“ – durchaus auch mit Waffen auszutragen, doch vom offenen Terrorismus distanzieren sich die *Deobandis*. Heute betreiben sie vor allem in Pakistan, aber auch in Indien und überall da, wo sich muslimische Einwanderer aus Südasien niedergelassen haben, ihre Koranschulen – zwei Drittel der Madrassas in Pakistan sollen unter *Deobandi*-Leitung stehen. Ein großer Teil der Moscheen in Großbritannien gehört auch zu ihrem Netzwerk. Klar ist, dass ein großer Teil der Kämpfer vor allem in der Leitungsebene der Taliban ihr geistliches Training in einer *Deobandi*-Madrassa erhalten hat. Zwar findet dort in aller Regel keine Ausbildung an der Waffe statt und viele der Koranschulen in Pakistan haben teilweise erstaunlich moderne Lehrpläne: Sie legen zunehmend Wert auf eine gute Ausbildung in Naturwissenschaften und Englisch.

Gemäßigter Taliban?

Hinzu kommt, dass sich die Taliban als aktive Verteidiger des *Paschtunwali*-sehen, des paschtunischen Stammesrechts. Dabei geht es unter anderem um ein freizügiges Recht auf Blutrache, die eigentlich nach islamischem Recht streng reglementiert ist. Es geht auch um Gastrecht, was 2001 zur Begründung verwendet wurde, Osama bin Laden nicht an die USA auszuliefern. Trotz islamischem Universalismus werden die Taliban von den anderen Völkern in Afghanistan weitgehend als ein Instrument der paschtunischen Dominanz angesehen.

Ein gemäßigtes Taliban-Regime mit einer deutlich anti-amerikanischen politischen Ausrichtung dürfte auch ganz im Sinne von Russland, China und Iran sein. Das damalige Emirat unter dem inzwischen verstorbenen Mullah

Dar ul-Ulum Deoband

Bild: بی‌عش دم‌جم، wikimedia (public domain)





Taliban-Kämpfer patrouillieren durch Kabul, 17. August 2021.

Bild: Voice of America News, wikimedia (public domain)

Omar hatte nur mit drei Staaten diplomatische Beziehungen: Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die neuen Taliban können leicht eine größere Zahl diplomatischer Vertretungen nach Kabul locken, denn das Land hat durchaus etwas in Sachen Rohstoffe zu bieten. Außerdem sind da die Pläne einer Erdöl-Pipeline von Tadschikistan nach Pakistan, über die schon das alte Emirat verhandelt hatte. Voraussetzung dafür ist, dass sich in Kabul ein Herrschaftssystem etabliert, das nicht nur eine gewisse Sicherheit schafft, sondern auch die hässlichen Auswüchse des Radikalismus einigermaßen einzuhegen in der Lage ist.

Ist die Zeit des auftrumpfenden Islamismus vorbei? Saudi-Arabien hat sich jedenfalls merklich geändert. Es will sich mit sanftem Islamismus als moderner Staat neu erfinden und mehr weltweite Netzwerke finanzieren, die sich zu Terrorzellen entwickeln. Nicht mehr undenkbar, dass Saudi-Arabien den Vorreitern unter den arabischen Golfstaaten folgt und demnächst eine Botschaft in Israel eröffnet. Iran kämpft mit den Aporien seiner expansiven Außenpolitik, steckt tief in der Wirtschaftskrise und hat eine wachsende Bevölkerung, die der eigenen Staatsführung nicht mehr traut. Der

„Islamische Staat“ mit seiner Ultra-Brutalität ist diskreditiert, sein selbsternannter Kalif war und ist eine Lachnummer bei der Bevölkerung. Die Muslim-Bruderschaften in Nordafrika sind nach dem Arabischen Frühling inhaltlich ausgebrannt und politisch ausgeschaltet. Selbst die islamistische Rhetorik der Hamas wirkt heute verbraucht und hat die Bevölkerung nicht mehr hinter sich.

Ist Afghanistan anders, lassen sich die Jihadisten von dieser Entwicklung nicht beeindruckt? Wird sich die Dynamik der Selbstradikalisierung in Afghanistan – die Schwester der Anarchie – noch einmal ohne Rücksicht auf Verluste entfalten? Das Bild des jüngst bei der Regierungsbildung überraschend ins zweite Glied gerückten Taliban-Delegationsführers Mullah Abdul Ghani Baradar neben dem chinesischen Außenminister Wang Yi in gepflegtem Ambiente spricht eine andere Sprache. Der Besuch einer hochrangigen Taliban-Delegation in Tianjin – Gespräche auf hoher diplomatischer Ebene – ist der wohl wichtigste diplomatische Coup der Taliban bisher.

Es ist erstaunlich, dass selbst die Taliban keine Skrupel haben, mit einer Staatsführung zu verhandeln, die ihre

eigene muslimische Minderheit in Ostturkestan auf brutale Weise drangsaliert. Manche sprechen gar von kulturellem Genozid. Von Pakistan und den meisten anderen Staaten mit islamischen Bevölkerungsmehrheiten hat man kaum Protest gegen die Unterdrückung chinesischer Muslime im eigenen Land gehört. So mächtig ist China bereits.

Doch in Tianjin ging es – wie sollte es anders sein – um Rohstoffe, um den Aufbau von Infrastruktur und um Kredite. Man signalisiert gutnachbarliche Verhältnisse. Frauen-, Menschen- und Minderheitenrechte werden auch im Emirat 2.0 nicht sonderlich gefördert werden, doch das sehen die neuen *stake holders* in China und anderswo um Afghanistan herum wohl pragmatisch, solange sich die Sittenwächter einigermaßen am Riemen reißen. Einmischung in innere Angelegenheiten im Namen von Menschenrechten halten sie ohnehin für einen politischen Trick der Amerikaner.

Mit islamischer Symbolpolitik können selbst Russland und China gut leben, Hauptsache es gelingt, die Taliban zu bezähmen und ihre Selbstradikalisierungsdynamik zu brechen. Ob das gelingt, ist zwar nicht ausgemacht. Ereignisse wie die Ermordung des Volksmusiklers Fawad Andarabi, die Plünderung des Museums von Mes Aynak und vor allem die Zusammensetzung der neuen Regierung verheißt nichts Gutes. Klar ist aber, dass die westlichen Länder, die zwei Jahrzehnte mit enormem Aufwand Sandburgen im Hindukusch gebaut haben, außen vorgehalten werden. In diesem Punkt sind sich die Taliban und ihre ungleichen Verbündeten einig.

Zum Autor

Siehe Artikel auf Seite 9.